

Guten Morgen, liebe Leser!

Ein Leser fragt, ob denn meine kleine Serie über merkwürdige Ortsnamen schon zu Ende sei. Nein, ist sie nicht, ich sammle weiter und nehme gerne Anregungen auf. Zum Beispiel den Hinweis des selben Lesers, in Niederösterreich gebe es einen Ort namens Fischamend. Fisch am Ende also, an diesem Ort kommt kein Fisch lebend vorbei. Ich kannte den Namen, erinnerte mich auch, wo ich ihn schon einmal gelesen hatte: In Reinhard Kaisers anrührend-komischem Büchlein »Der Zaun am Ende der Welt«. Kaiser wurde mit der Übersetzung der Grimmlausen-Romane in unser

heutiges Deutsch bekannt. In seinem Erstling machte er sich getreu der Devise, dass die Welt am Ende mit Brettern zugenagelt ist, auf die Suche nach jenem Zaun und vor allem nach den Gucklöchern, durch die man sieht, was sich hinter dem Ende der Welt verbirgt. In Schleswig-Holstein auf der Halbinsel Eiderstedt weiß man das schon lange. Am Ende der (220-Einwohner-Gemeinde) Welt liegt St. Peter-Ording. Und am anderen Ende, in der Donauebene, wo sich laut Kaiser »schon ein »puftahafter Bann« über den ins Unendliche offenen Raum zu breiten scheint«, liegt Fischamend. Hier fließt die Fische in die Donau; die Nachsilbe »-mend« leitet sich von Mündung ab. Kaiser weiß, dass das nur die halbe Wahrheit ist: »An Fischamend kommt kein Fisch vorbei, denn hier gibt es ein Spezialitätenrestaurant, das es gerade auf sie abgesehen hat.« Ostern 1967 kehrte dort der Philosoph Theodor W. Adorno ein. Ein Besuch mit einer ironischen Spitze, denn Adornos Widersacher in geistigen Debatten, der ungarische Marxist Georg Lukács, hatte fünf Jahre zuvor behauptet, führende deutsche Intellektuelle um Adorno hätten sich zurückgezogen und das »Grand Hotel Abgrund« bezogen: ein mit allem Komfort ausgestattetes »Hotel am Rande des Abgrunds, des Nichts, der Sinnlosigkeit«. In Anspielung auf Lukács verkündete Adorno nach seinem Besuch, in dem Fischgasthaus in Fischamend fühle man sich zu Hause »wie nur am Ende der Welt«. Es muss dort also recht behaglich sein. (jw/Foto: dpa)

Besuchen Sie auch die Facebook-Seite unserer Zeitung! www.facebook.com/WetterauerZeitung

3 Dinge, die ich im Wetteraukreis heute wissen muss:

1 Straßenbeiträge

Rosbachs Bürgermeister Thomas Alber ist um 19.30 Uhr zu Gast im Bürgerhaus Assenheim und wird über wiederkehrende Straßenbeiträge sprechen.

2 Spielplatzverschönerung

Auf dem Spielplatz in der Friedberger Tausnusstraße dürfen zwischen 15 und 18 Uhr die Rückwände der Nachbar-Garagen von Kindern und Eltern neu gestaltet werden.

3 Gesperrt

Wegen der Filmarbeiten zum neuen Tausnus-Krimi sind die Friedberger-, Homburger- und Kirchstraße in Rosbach bis Freitag gesperrt.

Das Schaufenster

- Geburtstage/Ehejubiläen 10
- Infothek 13
- Sudoku 13

Ihr Draht zu uns

Redaktion 06032/942-531
E-Mail: redaktion@wetterauer-zeitung.de

Lehrer müssen Kinderschützer sein

Prävention ist der Schlüssel, um Mobbing entgegenzuwirken, sagt Klaus Ruß. Der ehemalige Lehrer hat nach seiner Pensionierung eine Beratungsstelle für Schul-, Bildungs- und Erziehungsfragen in Bad Nauheim eröffnet.

Von Valerie Pfitzner

Herr Ruß, Sie haben 38 Jahre lang als Lehrer gearbeitet. Sie sagen: Schule ist oft kein sicherer Ort, sondern ein Platz voller Gefahren. Warum?

Klaus Ruß: Ein sicherer Ort ist ein Platz, an dem man gerne ist. An dem man sich aufgehoben, angenommen und wertgeschätzt fühlt. Eine Schule, in der Mobbing grassiert, ist kein sicherer Ort. Nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch für die Klasse, die zuschaut. Durch Mobbing verroht die ganze Klasse.

Inwiefern?

Ruß: Indem Kinder lernen, dass man sich sozial schädlich und aggressiv verhalten kann, ohne dass das Konsequenzen hat.

Wie haben Sie als Lehrer reagiert, wenn Sie Zeuge von Mobbing wurden?

Ruß: Dann habe ich das angesprochen: »Ich fühle mich gerade nicht wohl, irgendetwas ist nicht in Ordnung. Wollt ihr reden? Ich möchte helfen.« Wenn ich dann etwas erfahren habe, habe ich versucht, mit den Mobbing-Opfern Strategien zu entwickeln, wie sie selbst wollen, dass man damit umgeht. In den meisten Fällen haben sie sich geöffnet, aber auch gesagt: »Sagen sie nichts, damit ich keine Pezze bin.« Hier müssen Lehrkräfte geschult sein. Sie müssen wissen, wie man professionell mit so einer Situation umgeht.

Und wie viele wissen das tatsächlich?

Ruß: Die meisten haben keine Ahnung. Sie sind nicht hartherzig, sondern ungeschult, kennen Beratungstechniken und die rechtliche Situation nicht und unternehmen deswegen nichts.



Eine bessere Ausbildung für Lehrer, vor allem zum Thema Kinderschutz, muss her, um etwas gegen Mobbing tun zu können, sagt Berater Klaus Ruß. (Foto: nic, Grafik: dpa)

Also ist es hauptsächlich Unwissenheit, weshalb Lehrer nicht reagieren?

Ruß: Die meisten wollen damit einfach nichts zu tun haben. Sie haben nicht gelernt, ein Beratungsgespräch zu führen. Sie haben nicht gelernt, damit zurechtzukommen, wenn ein Schüler sagt: »Es ist nix.« Sie sind beleidigt, wenn Schüler sich nicht öffnen, und beenden die Sache. Und vor allem haben sie nicht gelernt, präventiv zu arbeiten.

Wie kann die präventive Arbeit aussehen?

Ruß: Wenn beispielsweise ein Lehrer eine Klasse sieben übernimmt und den Kindern den Prozess bewusst macht, der jetzt beginnen soll: »Ihr kommt aus sechs verschiedenen Schulen, zwei Wiederholer sind auch dabei. Jetzt haben wir die Aufgabe, aus diesem bunten Gemisch von Menschen eine solidarische Gruppe zu machen.« Ich leite als Schulrat in der Uni Frankfurt Workshops für Lehramtsstudenten genau zu diesem Thema. Wenn ich solche Szenarien entwickle, gucken mich die Studenten mit großen Augen an. Das hatten sie nie erlebt.

Also ist Prävention eines der wichtigsten Mittel, um Mobbing entgegenzuwirken?

Ruß: Ja. Prävention bringt sehr viel, wenn sie von Lehrkräften gestaltet ist, die sie wollen. Doch was machen die Schulen? Sie rufen nach mehr Psychologen und mehr Sozialarbeitern. Das ist verfehlt. Jede Lehrkraft muss Kinderschutzfachkraft sein und kann nicht sagen: »Es gibt erst Kinderschutz, wenn wir zwei Sozialarbeiter mehr bekommen.«

Was müsste sich aus Ihrer Sicht also ändern, damit Lehrer besser auf Mobbing reagieren können?

Ruß: Die Ausbildung der Lehrer ist in dieser Hinsicht eine Katastrophe. Wenn es an der Frankfurter Uni nicht den Workshop gäbe, hätten die Studierenden überhaupt keine Chance, sich in der ersten Phase ihres Studiums mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

Und was können die Schulen tun?

Ruß: Jede Schule braucht ein Kinderschutzkonzept. Wenn ich davon spreche, gucken mich Schulleiter manchmal an, als ob ich nicht alle Tassen im Schrank hätte. Ein solcher Plan sieht für alle Lehrkräfte ein gleiches Verfahren vor, wenn ein Verdacht auf Kindeswohlgefährdung aufkommt. Und

Mobbing ist eine ganz schlimme Gefahr. Mobbing ist Gewalt.

Thema Facebook, WhatsApp und Co. Wie hat sich Mobbing dadurch verändert?

Ruß: Das Internet ist ein gewaltiger Hebel. Wenn man sich früher beleidigt hat, dann beschränkte sich das auf die, die dabei waren. Das war in Erlebnisweite. Soziale Netzwerke sind ein unglaublich destruktives Instrument, weil das, was sich dort findet, außer Kontrolle gerät. Es ist alles sofort in der Welt. Auch wenn ein Thema irgendwann abflacht, fühlen sich die Opfer nie mehr so richtig frei. Nachdem eine Beleidigung oder Kränkung im Netz veröffentlicht ist, ist die unbefangene Art dahin. Das Kind ist ab dann kontaminiert.

Müssten Eltern und Lehrer mehr tun, um dieser Gefahr entgegenzuwirken?

Ruß: Auf jeden Fall. Nur gibt es zwei Probleme: Erstens sind Eltern und Lehrer genauso handyabhängig wie die Kinder und darum oftmals wenig glaubwürdig. Zweitens hat es, wenn die Schule vor Unheil warnt, schnell einen moralischen Charakter. Und dann reizt es die Schüler vielleicht gerade.

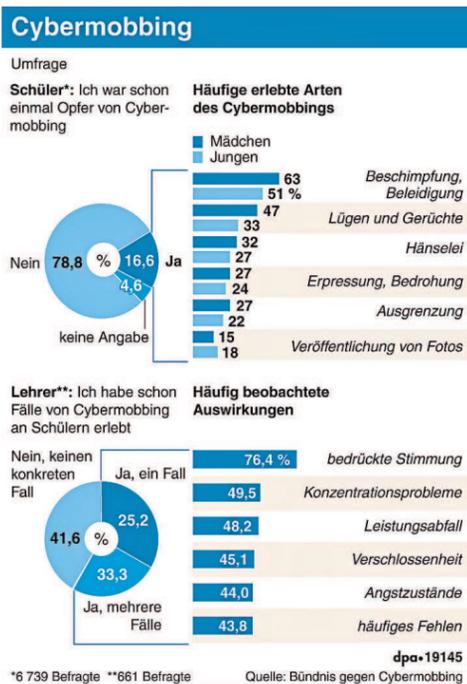
Was wäre der bessere Weg?

Ruß: Man müsste mit den Klassen arbeiten, Rollenspiele machen. Jeder muss spüren lernen, wie es ist, das Opfer zu sein. Außerdem muss man das Bedürfnis analysieren, alles zu teilen. Das haben die Erwachsenen doch auch, die jede Pizza fotografieren. Die Erwachsenen haben den Kindern den digitalen Pixelpark eingerichtet. Und jetzt wollen sie ihnen den wieder verleiden. Da stimmt ja was nicht. Ich kann nur etwas erreichen, wenn ich die Kinder sensibel mache für die Gefahren, die ihnen drohen. Man soll nicht helfen wollen, ohne den einzubinden, dem geholfen wird. Kinder müssen lernen, dass sie Subjekte ihres Handelns sind. Wenn ein Kind Mobbingopfer ist, hat es einen Machtverlust erlebt. Um ihn zu überwinden, muss es erfahren, dass es selbstwirksam sein kann. Dass es Teil hat an der Lösung.

Also Hilfe zur Selbsthilfe?

Ruß: Ja. Selbstwirksamkeit des Kindes ist der Schlüssel, zusammen mit dem Beistand kundiger Lehrkräfte.

Nähere Infos zum »Schulrat« von Klaus Ruß gib es unter www.schulrat.com



Schwarz-grün-dunkelroter Zahltag

Linke erhält Sitz in Betriebskommission der Stadtwerke – SPD, UWG und FDP wittern »Belohnung«

Friedberg (jw). »Heute ist Zahltag«, sagte Achim Güssgen-Ackva (FDP) und blickte sorgenvoll zur CDU. Die stimmte im Stadtparlament mit den Grünen und der Linken dafür, die Stadtwerke-Betriebskommission zu vergrößern. Nach Meinung der übrigen Parteien ist dies der Lohn dafür, dass der Erste Stadtrat Dirk Antkowiak (CDU) auch mit Stimmen der Linken gewählt wurde.

Die CDU-Grünen-Linke-Connection gibt es nicht. Alle Beteiligten schwören Stein und Bein, dass keine Absprachen zwischen den drei Fraktionen laufen. Schon gar nicht zwischen CDU und Linken. Aber vielleicht glücken die Drähte ja über Umweg, mit den Grünen als Strippenziehern. Die fühlen sich in dieser Rolle nicht unwohl.

Sollte es besagte CDU-Grünen-Linke-Connection also doch geben, scheint der Schwerpunkt der gemeinsamen Anstrengungen auf dem Thema »Vergrößerung« zu liegen. Nach den Kommunalwahlen wurde zuerst der Magistrat vergrößert, von neun auf zwölf Beigeordnete. CDU, Grüne und Linke stimmten dafür. Bei der Wahl zum Ersten Stadtrat vergrößerten Grüne und Linke

dann die Stimmenzahl des CDU-Kandidaten. Ohne Absprache, den Ausschlag gab der »Heimvorteil«, hieß es.

Jetzt wird die Betriebskommission der Stadtwerke von sieben auf neuen Parlamentarier vergrößert und somit nach den Worten von Sven Weiberg (Linke) »aufgewertet«. »Die Stadtwerke sollen sich stärker am Energiewandel beteiligen«, begründete er, warum sich auch die Linke in die Arbeit des Gremiums einbringen will. In den Ausschüssen saßen auch neun Parlamentarier, in der Betriebskommission nur sieben.

Größtes Gremium wird vergrößert

Insgesamt aber zähle die Betriebskommission 15 Mitglieder, rechnete Marion Götz (SPD) vor. »Bei der Arbeit der Betriebskommission steht nicht der Parteienproporz im Vordergrund, sondern die fachliche Kompetenz.« Deshalb sitzen in dem Gremium auch Mitglieder aus dem Magistrat (3), dem Personalrat (2) sowie drei wirtschaftlich-technisch erfahrene Bürger. Götz: »Die Betriebskom-

mission ist überreich besetzt und sogar größer als der Magistrat.« Dass es durch diese Vergrößerung mehr »Output« aus dem Magistrat gebe, sei nicht zu erkennen, sagte Götz. Der Linken-Antrag sei eine »sinnlose Aufblähung«.

Güssgen-Ackva wusste schon vorher, wie die CDU abstimmen wird. Es gehe darum, Rechnungen von der Stadtratswahl zu begleichen: »Die Linke wird für ihr Stimmverhalten belohnt.« »Unsere Fraktion profitiert davon, wenn wir Vertreter in alle Gremien schicken können«, entgegnete Florian Uebelacker (Grüne). Demokratische Parteien dürfe man von Diskussionsprozessen nicht ausschließen. Für Bernd Messerschmidt (UWG) kein schlagkräftiges Argument: »Die Betriebskommission arbeitet nicht-öffentlich. Die Fraktionen sollen über die Beratungen nicht informiert werden.« Deshalb sei die Debatte über politische Mitsprache auch eine Scheindebatte.

Aus den Reihen der CDU äußerte sich niemand. Während SPD, UWG und FDP den Linken-Antrag ablehnten, stimmten CDU, Grüne und Linke mehrheitlich dafür.